

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 09.04.2013
Sitzung Nummer:	34 (OULA/34/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:17 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Eduard Stapel
Vorsitzender

Sieglinde Bartels
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eduard Stapel

Mitglieder

Herr Waldemar Schreiber

Herr Udo Seidel

beratende Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Stellvertreter

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Christine Paschke

Vertretung für Herrn Chris Schulenburg

Vertretung für Herrn Klaus-Peter Noeske

sachkundige Einwohner

Herr Friedrich Jahns

Herr Manfred Schulz

Protokollführer

Frau Sieglinde Bartels

von der Verwaltung

Herr Martin Falkhofen

Frau Gudrun Hallmann

Herr Dirk Michaelis

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Teilnehmer

Herr Heiko Böker

Frau Dorothea Frederking

Herr Dr. Ringhard Friedrich

Herr Burghard Petersen

Abwesend:

Mitglieder

Herr Uwe Classe

Herr Wolfgang März

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Chris Schulenburg

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Jürgen Bastek
Herr Torsten Mehlkopf
Herr Dr. Peter Neuhäuser
Herr Marcus Schober

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Bericht über den Aufbau einer Energieagentur im Landkreis Stendal
V.: Herr Barniske/Herr Böker
 - 4 Vorstellung eines "Energieszenario für die Altmark - Energie aus der Region für die Region"
V.: Frau Frederking MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 33. Sitzung vom 05.03.2013
 - 6 Bericht über den Stand der Anpassung der Kleinkläranlagen an die gesetzlichen Erfordernisse und Informationen zu den aktualisierten Abwasserbeseitigungskonzepten (Anlage)
V.: Frau Hallmann, Sachgebietsleiterin uWB, Landkreis Stendal
 - 7 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Tanne, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, begrüßt den Vorsitzenden des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz, Herrn Eduard Stapel, sowie die Mitglieder und sachkundigen Einwohner. Ebenso begrüßt er die anwesenden Gäste, die Presse und die Damen und Herren der Verwaltung

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Tanne stellt die ordnungsgemäße Ladung und die fehlenden Ausschussmitglieder fest. Die Beschlussfähigkeit ist in beiden Ausschüssen gegeben. Zur Tagesordnung ergibt sich im Fachausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus folgende Änderung. Es soll der Tagesordnungspunkt Protokollkontrolle mit aufgenommen werden. Der Vorsitzende bitte um Abstimmung über die Tagesordnung. Es gibt keine weiteren Änderungen

**zu TOP 3 Bericht über den Aufbau einer Energieagentur im Landkreis Stendal
V.: Herr Barniske/Herr Böker**

Herr Tanne begrüßt Herrn Böker, Innovations- und Gründerzentrum (IGZ) BIC Altmark, und bittet um seine Ausführungen.

Herr Böker spricht zum Thema. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage TOP 3 beigelegt.

Herr Tanne bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Schulz: Wer sind die Gesellschafter und welche Rechtsstruktur hat diese Energieagentur? Wie zu ersehen war, finanziert sich diese Agentur überwiegend aus öffentlichen Mitteln. Inwieweit tritt diese Agentur in Konkurrenz zu niedergelassenen Energieberatern?

Herr Böker: Die Gesellschafterstruktur ist die des (IGZ) BIC Altmark, und das ist der Landkreis Stendal und die Stadt Stendal und zu einem geringen Teil der Förderverein der Hochschule Magdeburg/Stendal. Eine Konkurrenz zu niedergelassenen Ingenieurbüros stellt die Agentur nicht dar, da die Energieagentur keine kostenpflichtige Beratung in dem Sinne anbietet.

Herr Schulz: Wer wird beraten?

Herr Böker: Zum Beispiel die Kommunen.

Herr Schulz: Wie viele Beschäftigte hat diese Agentur?

Herr Böker: Zurzeit nur mich. Eine Erweiterung des Personalpotenziales hängt sicher davon ab, wie sich die Agentur perspektivisch finanziell aufstellen kann. Sicher auch über die Beschaffung von Drittmitteln.

Herr Schulz: Allein werden sie die Arbeit nicht schaffen.

Herr Böker: Dafür ist angedacht, dieses Netzwerk zu gründen und innerhalb des Netzwerkes die Aufgaben, die wir hier nicht erledigen können, umzuverteilen.

Herr Schulz: Diese Ansprechstelle ist sehr positiv.

Frau Theil: Das war der Ansatz, dass es eine zentrale Stelle gibt, die moderiert und koordiniert.

Herr Bausemer: Sind die Unterlagen aktuell?

Herr Böker: Die Unterlagen werden fortlaufend aktualisiert. Stand ist hier Dezember 2012. Der Informationsfluss lässt leider manchmal zu wünschen übrig.

Herr Tanne: Es ist notwendig, die Agentur in dieser Form zu haben und dies Dinge zusammenfassen zu können. Eine Konkurrenz zu den Energieberatern ist hier nicht zu sehen.

Herr Riemann: Wenn der Bürger dieses Programm verfolgt, muss er feststellen, dass die gesamte Energiepolitik schlecht durchschaubar ist. Speziell in den letzten 10 Jahren, als die erneuerbaren Energien „auf den Weg gebracht wurden“, gab es immer wieder Änderungen. Zum Beispiel beim Atomausstieg. Es wurden bundesweit Fördermaßnahmen und Förderrichtlinien auf den Weg gebracht. Bei einem Großteil der Bevölkerung hat dies zu großem Ärger geführt. Bei einigen wenigen zu einer Gewinnmaximierung. Die Energiepolitik der Regierung ist aus dem Ruder gelaufen. Teilweise ziehen junge Familien in ländlichen Gemeinden ihre Bauanträge zurück, weil sie nicht auf einen Windpark sehen wollen.

Diese Energieagentur erfasst nur die „Energie“. Wünschenswert wäre es, wenn die Arbeit erweitert wird und diese Agentur Anlaufstelle für Bürger sein könnte, die mit Dingen nicht einverstanden sind, bzw. Fragen haben und ihre Belange dort vorbringen können. Durch diese Windanlagen sind viele Grundstücke im Wert gefallen. An wen kann man sich wenden? Wir sprechen vom demografischen Wandel! Durch diese Anlagen geht ein Stück Lebensqualität verloren. Ärger ist hier vorprogrammiert.

Herr Tanne: Wir sind alle Einwohner des Landkreises. Auch die Kreistagsabgeordneten sind Bürger die erheblichen Einfluss auf die regionale Planung nehmen können. Wir können alle mitwirken. Es ist gut, dass diese Dinge zentral zusammengefasst werden.

Herr Stapel: Sie beklagten in ihren Ausführungen, dass es für die Altmark keinen ganzheitlichen Ansatz gibt. Meinen sie mit der Erarbeitung eines ganzheitlichen Ansatzes die Verknüpfung von der mehrfach angesprochen Wertschöpfung die in der Region verbleiben sollen? Durch West-Investoren wird der Großteil abgeschöpft. Kann Auskunft gegeben werden, wie viel für die Kommunen und Bürgervereinigungen da noch übrig bleibt.

Herr Böker: Der fehlende ganzheitliche Ansatz kann sich nur in einer regionalen Energiestrategie niederschlagen. Die Region muss sich positionieren. Was will man: Will man 100 % Energieregion werden oder vielleicht mit 75 % zufrieden sein. Das sind alles Möglichkeiten, die in der freien Entscheidung der Region liegen.

Herr Schönwald: Würde es die Chance geben, das dänische Modell durchzusetzen? In Dänemark sind 80 % der Windkraftanlagen Bürgerwindparks.

Herr Böker: Sicherlich hat man in unserer Region schon eine große Chance verpasst. Die besten Standorte sind vergeben. Bei den Biogasanlagen wird der Zuwachs übersichtlich sein.

Herr Michaelis: Es ist gut, dass es diese Energieagentur gibt. Viele Chancen wurden verpasst. Aber das Ziel ist klar, Erhöhung der regionalen Wertschöpfung.

Herr Schönwald: Die Methanherstellung wurde angesprochen. Warum ausgerechnet das? Man könnte auch Wasserstoff herstellen. Mobile Wärmespeicher. Was versteht man darunter?

Herr Böker: Die Methanisierung basiert auf der Elektrolyse. Es wird zuerst Wasserstoff hergestellt. Mit dem Strom, den man nicht braucht, der bzw. extra dafür produziert wird, zum Beispiel über Windkraftanlagen. Der Wasserstoff kann nicht in das normale Gasnetz geleitet werden. Es gibt nur einen gewissen Prozentsatz, der zugeleitet werden kann.

Man benötigt eine entsprechende Infrastruktur, um dieses Gas dann zu verteilen. Der Vorteil bei der Methanisierung besteht darin, dass Methan das Grundbestandteil von Erdgas ist und somit ins Erdgasnetz eingeleitet, gespeichert und verteilt werden kann. Mobile Wärmespeicher: Beispiel soll der Latent Wärmespeicher sein. Hier werden Salze, speziell Pökelsalze, in einen Container eingefüllt. Dann wird Wärme zugeführt. Durch den Wechsel des Aggregatzustandes wird die Energie gespeichert und kann dann dort ohne große Verluste von Punkt A nach Punkt B transportiert werden.

Herr Schulz: Als Empfehlung: Das Thema Methanisierung sollte die nächsten 10 Jahre vom Plan gestrichen werden.

Herr Böker: Innerhalb der nächsten 10 Jahre wird es nicht weiter Thema sein.

Herr Schulz: Es sollte nicht intensiv diskutiert werden.

Herr Böker: Das ist noch in der Entwicklungsphase. Die Praxisreife wird wohl erst in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreicht sein.

Herr Tanne bedankt sich bei Herrn Böker für die Ausführungen.

**zu TOP 4 Vorstellung eines "Energieszenario für die Altmark - Energie aus der Region für die Region"
V.: Frau Frederking MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Tanne begrüßt Frau Dorothea Frederking, MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und bitte um ihre Ausführungen.

Frau Frederking begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Möglichkeit das „Energieszenario für die Altmark – Energie aus der Region für die Region“ vor den Ausschussmitgliedern vorzustellen. Frau Frederking stellt Herrn Petersen vor, der an der Erarbeitung des Szenarios beteiligt war.

Frau Frederking und Herr Petersen sprechen zum Thema. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 4 beigefügt bzw. wurde an die Anwesenden verteilt.

Herr Tanne bedankt sich bei Frau Frederking und Herrn Petersen und eröffnet die Diskussion.

Herr Schulz: Dass sich die Altmark mit erneuerbaren Energie komplett versorgen kann, ist bekannt. Dass sich die Bundesrepublik mit erneuerbaren Energien versorgen kann, hat vor vielen Jahren der Sachverständigenrat für Umweltfragen festgestellt. Es geht darum, wie, wann und womit und wer soll was entscheiden. Bei diesen vielen Informationen die wir bekommen haben, wissen die Anwesenden nicht, was sie entscheiden sollen. **Wer soll was in welchem Zeitrahmen, in welcher Rangfolge machen und was kostet das.**

Frau Frederking: Es ist ein Szenario das keine Detailschritte hat. Dieses Szenario erübrigt Detailplanung nicht und auch keine politische Willensbildung. Es zeigt, wo die Herausforderungen liegen. Bezahlt wird es, wie jetzt auch, vom Endverbraucher über den Energiepreis.

Herr Schulz: Die Bürger müssen mit einbezogen werden. Das Szenario enthält zum Beispiel auch den Neubau von Niedrigenergiehäusern. In der Altmark sind spezifische Bedingungen. Wenn die Schulen geschlossen werden, haben junge Familien kein Interesse daran in der Region zu bauen.

Herr Petersen: Zu sagen, das haben wir schon lange gewusst, ist zu einfach. Die Teilnehmer des Workshops haben es sich auch nicht so einfach gemacht. Eine gute Entscheidung war, den Schwerpunkt auf Solar und Windenergie zu legen. Das sind die Energieträger, die heute am konkurrenzfähigsten sind.

Herr Riemann: Nur wo das Geld fließt, funktioniert das.

Herr Petersen: Bei den Photovoltaikanlagen wurden noch vor 10 Jahren 45 Cent Einspeisungsvergütung bezahlt. Jetzt sind es noch 19 Cent. Im Workshop wurde nur ansatzweise darüber geredet. Vielleicht war es auch weise zu sagen, dass mit der Diskussion zu den Energiepflanzen etwas zurückhaltender umgegangen wurde. Für die Landwirtschaft können wir noch ganz andere Perspektiven haben. Die Herstellung von Kunststoff aus Gras, Mais oder anderen landwirtschaftlichen Produkten.

Frau Frederking: Bevor weitere Windparks gebaut werden, muss mit den Investoren gesprochen werden.

Herr Tanne bedankt sich bei Frau Frederking und Herrn Petersen für die Ausführungen. Für die Anwesenden hat es Hinweise und Anregungen gegeben.

Herr Tanne schließt den gemeinsamen Teil der Sitzung und gibt den Anwesenden zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, die Sitzung im Sitzungsraum Osterburg fortführt.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 33. Sitzung vom 05.03.2013

Herr Stapel: Die Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 33. Sitzung vom 05.03.2013 wird als Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung am 07.05.2013 gesetzt.

zu TOP 6 Bericht über den Stand der Anpassung der Kleinkläranlagen an die gesetzlichen Erfordernisse und Informationen zu den aktualisierten Abwasserbeseitigungskonzepten (Anlage V.: Frau Hallmann, Sachgebietsleiterin uWB, Landkreis Stendal

Herr Stapel begrüßt Frau Hallmann, Sachgebietsleiterin der unteren Wasserbehörde im Umweltamt des Landkreises Stendal.

Frau Hallmann spricht zum Thema.

Die Ausführungen wurden bereits mit der Einladung für diese Sitzung verschickt.

Herr Stapel bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Jahns: In den zugeschickten Unterlagen ist auch die Gemeinde Baumgarten genannt. In diesem Ort gab es eine Einwohnerversammlung. Von Seiten der unteren Wasserbehörde wurde gesagt, wenn sich alle bzw. fast alle anschließen lassen wollen, wird angeschlossen. Es gibt keine anderen Informationen. Die Einwohner erhalten aber schon Schreiben des Umweltamtes mit der Aufforderung, die Kleinkläranlagen umzurüsten. Von Seiten der unteren Wasserbehörde und des Wasserverbandes gab es keine Information, dass der Ort Baumgarten nicht angeschlossen wird.

Frau Hallmann: Den Bürgermeister zu informieren ist Sache des Wasserverbandes. Die untere Wasserbehörde reagiert ja nur dann, wenn der Wasserverband definitiv sagt, dass die Ortslage nicht zentral erschlossen wird.

Frau Theil: Frau Hallmann wird sich mit dem Wasserverband in Verbindung setzen und diese Angelegenheit klären. Es geht hier um die Information an die Bürgermeister und den Umgang miteinander.

Frau Paschke: Gibt es für die Verbände oder Stadtwerke eine „Gnadenfrist“ bis wann die bestehenden Kleinkläranlagen abgeschafft werden müssen, weil ja Abwasserbeseitigungskonzepte vorliegen, die bis dato noch nicht erfüllt sind. Wie lange kann das herausgezögert werden? Warum soll der Bürger teures Geld in seine Kleinkläranlage investieren wenn der Verband in fünf Jahren den Ort anschließen will.

Frau Hallmann: In den Fortschreibungen der Abwasserbeseitigungskonzepte wird festgelegt, welche Orte zentral erschlossen werden bzw. eine dezentrale Abwasserbeseitigung vornehmen müssen. Die Ortslagen die nicht innerhalb von 10 Jahren zentral erschlossen werden müssen ihre Kleinkläranlagen an die gesetzlichen Forderungen anpassen. Das heißt für die Verbände auch, dass entsprechend der gesetzlichen Grundlage ein Anschluss- und Benutzungszwang innerhalb von 15 Jahren nicht durchgesetzt werden darf.

Für Orte, die für die zentrale Erschließung vorgesehen sind, besteht jederzeit ein Anschluss- und Benutzungszwang. Aus diesem Grund müssen für die betroffenen Grundstücke die Abwasseranlagen nicht saniert werden.

Herr Stapel bedankt sich bei Frau Hallmann für die Ausführungen.

zu TOP 7 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel bittet um Wortmeldungen.

Frau Theil: Herr Dr. Neuhäuser hat in der Sitzung des Fachausschusses am 06.11.2012 den Vorschlag unterbreitet, dass über die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, die im Zuge des Verfahrens die A14 in unserem Landkreis betreffen, gesprochen wird. Wenn weiterhin Interesse besteht, würde von der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt Herr Breining bzw. ein Mitarbeiter an einer der nächsten Sitzungen teilnehmen. Die Sitzung am 07.05.2013 ist zu kurzfristig. Orientiert wird hier auf die Sitzung am 04.06.2013.

Herr Stapel, die Mitglieder des Ausschusses und die sachkundigen Einwohner stimmen diesem Vorschlag zu.